

**Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
am 14./15. November 2009 in Osnabrück**

Keine neue Endlagerung: CCS stoppen

Der menschengemachte Klimawandel ist längst Realität. Eine völlige Eindämmung der globalen Erwärmung ist bereits heute nicht mehr möglich. Doch auch, um das Ziel, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, zu erreichen, bedarf es eines konsequenten Umdenkens in der Klimapolitik. Die Industriestaaten müssen schnell Maßnahmen zur CO₂-Reduktion ergreifen. Denn nur eine Reduktion der CO₂-Emissionen und anderer Treibhausgase ist ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz.

Besonders die Verbrennung fossiler Energieträger wie Erdöl, Braun- oder Steinkohle zur Energiegewinnung hat einen verheerenden Beitrag zur Klimaveränderung geleistet. Wenn das Zwei-Grad-Ziel noch erreicht werden soll, muss der CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40% und bis 2050 um 80% reduziert werden. Auch Niedersachsen muss seinen Teil dazu beitragen.

Reduktion statt Produktion

Aller Erkenntnisse über den Klimawandel zum Trotz, setzen die großen Energiekonzerne weiterhin auf Kohle. Derzeit sind 29 neue Kohlekraftwerke in Planung, zehn davon sind bereits im Bau. Dabei wollen uns die Konzerne mit neuen Technologien weismachen, dass die Kohleverbrennung „grüner“ wird. Doch diese Beteuerungen helfen nicht weiter. Kohlekraftwerke sind und bleiben Klimakiller! Einzig wirklich wirksame Maßnahmen zur CO₂-Reduktion sind das konsequente Umsteuern in Richtung Erneuerbare Energien und das Einsparen von CO₂.

CCS – Festhalten an gestern statt Technologie für morgen

Mit einem Verfahren zur Abspaltung und unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage – kurz CCS) versuchen RWE, Vattenfall und E.on ihrer Technologie von gestern einen grünen Anstrich zu verpassen. Sie preisen CCS als Beitrag zum Klimaschutz.

Fakt ist allerdings, dass die CCS-Technologie noch gar nicht zur Verfügung steht. Keines der geplanten oder im Bau befindlichen Kraftwerke ist bereits mit dieser Technologie ausgerüstet und die nachträgliche Umrüstung der Anlagen scheint mehr als fraglich.

Doch nicht nur das Nachrüsten bereits vorhandener Anlagen wäre teuer und daher aus wirtschaftlichen Gründen kaum zu erwarten. Das Verfahren an sich ist kosten- und energieintensiv. Die CO₂-Abscheidung bedeutet einen Energie-Mehraufwand von 10-20%, sprich für das Betreiben derartiger Kraftwerke ist mehr Kohle nötig, um die gleiche Energie zu erzeugen.

Darüber hinaus würden wegen des hohen technischen und finanziellen Aufwandes Standorte mit Großkraftwerken strukturell bevorzugt. Dies bedeutet eine massive Behinderung der Entwicklungsmöglichkeiten dezentraler Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Abspaltung von CO₂ als das, was sie wirklich ist: Ein Feigenblatt der Energiekonzerne, um auf Jahre hinaus an ihrer klimaschädlichen Energieerzeugung festhalten zu können.

Keine neue Risikotechnologie!

Auch die Bundesregierung macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Lobbyinteressen, in dem sie CCS als Zukunftstechnologie verkauft. Bedenken über die Sicherheit einer unterirdischen CO₂-Lagerung schlägt sie dabei in den Wind – Bürgerbeteiligung scheint wie so häufig ein Fremdwort für sie zu sein. Denn bislang sind die Risiken, die für Menschen, Tier und Natur entstehen könnten noch nicht eingehend erforscht. Nur durch massiven Protest aus der Bevölkerung konnte die Politik dazu gezwungen werden, sich den Bedenken der Menschen anzunehmen. Erst durch den starken Gegenwind der Schleswig-HolsteinerInnen entschloss sich die dortige Landesregierung den Gesetzesentwurf der Bundesregierung abzulehnen.

Nach den Vorstellungen von RWE, Vattenfall und E.on soll das abgeschiedene CO₂ unterirdisch in Salzwasser führende Gesteinsschichten verpresst werden. Vor allem Gebiete in Norddeutschland sind hierfür als geeignet befunden worden.

Um das CO₂ von einer Pilotanlage im nordrhein-westfälischen Hürth bis nach Schleswig-Holstein zu befördern, plant RWE bereits heute eine Pipeline quer durch NRW und Niedersachsen bis nach Schleswig-Holstein. Dort soll das CO₂ dann unterirdisch gelagert werden. Obwohl die CCS-Technologie also noch nicht einmal eine gesetzliche Grundlage hat, wird versucht durch den Bau kilometerlanger Pipelines Fakten zu schaffen. Mögliche Risiken, die von austretendem CO₂ oder von einer Vermischung des CO₂ mit dem Grundwasser ausgehen, werden ausgeblendet. Während die Gewinne aus dem Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke in die Taschen der Energiekonzerne fließen, soll die Haftung für die Lagerstätten bereits nach 20 bis 40 Jahren auf die Länder übergehen. Wie bei der Atomkraft also versucht die Industrie die Risiken auf die Allgemeinheit abzuwälzen, während sie selbst die Gewinne einstreicht.

Innovation statt fossiler Technologie!

Die Einlagerung von CO₂ kann sich als direkte Blockade für andere - für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit günstigere und nachhaltigere Technologien - erweisen. CCS steht in bestimmten Bereichen in Nutzungskonkurrenz zu alternativen Energiegewinnungsformen, wie beispielsweise geothermische Kraftwerke. Die Gesteinsschichten, in die das Kohlendioxid verpresst werden könnten, können dann nicht mehr zur Energieerzeugung aus Erdwärme genutzt werden. Dabei geht das Bundesumweltministerium davon aus, dass bis 2020 rund 7% der in Deutschland benötigten Wärme aus Geothermie gewonnen werden könnte. Diese Chance darf nicht durch CCS leichtfertig vergeben werden.

Statt die innovationsfeindliche Haltung der Energieriesen in Bezug auf alternative Energieerzeugung auch noch zu subventionieren, sollte die Bundesregierung den Erneuerbaren Energien klaren Vorrang einräumen.

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen fordert:

- **Energiewende statt Greenwashing von Kohlekraftwerken**
- **keine CO₂-Endlager und Pipelines für Kohleverbrennung in Niedersachsen**
- **Vorrang für Geothermie gesetzlich festlegen**